Überblick[1]

Im Herbst haben Internationaler Währungsfonds (13. Oktober) und Europäische Kommission (11. November) ihre neuesten Wirtschaftsprognosen vorgelegt. Die beiden Institutionen rechnen mit 5,9% bzw. 5,7% Wachstum für die Weltwirtschaft in 2021 und 4,9% bzw. 4,5% in 2022. Als Abwärtsrisiken werden die aktuell gestiegene Virusaktivität und der Anstieg der Inflationsraten genannt. Letzterer beruht global großteils auf Preisanstiegen in Energie, Industriemetallen und Lebensmitteln. Vor allem in Schwellenländern hat die Entwicklung bereits zu ersten restriktiven geldpolitischen Maßnahmen geführt.

In den USA ist das Wirtschaftswachstum in Quartalsraten von 1,7% im zweiten Quartal auf 0,5% im dritten Quartal gesunken. Dieser Rückgang ist vor allem auf den privaten Konsum zurückzuführen, der wiederum mit gesunkenem Konsumentenvertrauen einhergeht – Konsumenten erwarten eine deutliche Reduktion ihres realen Einkommens aufgrund der gestiegenen Inflation. Diese stieg von 5,6% im September auf 6,4% im Oktober. Die marktbasierten langfristigen Inflationserwartungen liegen aber mit 2,2% (November) nach wie vor nahe dem Inflationsziel von durchschnittlich 2%. Dennoch hat die amerikanische Notenbank ein allmähliches Rückfahren des Ankaufsprogramms für Staatsanleihen beschlossen und will die Rückführung im Juni 2022 abschließen.

Im Euroraum wuchs die Wirtschaft im dritten Quartal um 2,2%, nach 2,1% im zweiten Quartal, getragen vor allem durch den privaten Konsum. Für 2021 und 2022 rechnet die EK mit 5% bzw. 4,3% Wachstum. Die Inflationsrate gemäß dem harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) lag im Oktober bei 4,1%, mit starken Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern: sie reicht von 1,4% für Malta bis 8,2% für Litauen. Die langfristigen marktbasierten Inflationserwartungen bewegen sich jedoch stabil um die 2%. Die Arbeitslosenquote ist im dritten Quartal 2021 erstmals wieder auf das Vorkrisenniveau gesunken.

Für die CESEE-6-Länder wird gemäß OeNB-BOFIT-Prognose ein Wirtschaftswachstum 5,1%, 4,5% und 3,8% für die Jahre 2021, 2022 und 2023 erwartet. Das Wachstum basiert sowohl auf starker heimischer wie externer Nachfrage. Die Impulse aus der heimischen Nachfrage verlagern sich in den kommenden Jahren vom privaten Konsum zu den Bruttoanlageinvestitionen, die ab 2022 durch EU-Mittel gestärkt werden.

In Österreich gilt seit dem 22. November 2021 wieder ein bundesweiter Lockdown, nachdem sich im europaweiten Vergleich die Neuinfektionen und die Belegung der Intensivbetten besonders nachteilig entwickelt hatten. Im wöchentlichen BIP-Indikator zeigt sich für Kalenderwoche 45 eine leichte Abschwächung, nachdem zuvor die wirtschaftliche Leistung beständig knapp über dem Vorkrisenniveau lag. Für 2021, 2022 und 2023 rechnet die EK mit 4,4%, 4,9% bzw. 1,9% realem Wirtschaftswachstum. Die Arbeitslosenquote nach nationaler Definition lag im September und Oktober bei 6,5% und damit um einen halben Prozentpunkt unter dem Wert von Oktober 2019. Die österreichische HVPI-Inflationsrate stieg von 1,5% im ersten Quartal auf 3,1% im dritten Quartal und lag im Oktober bei 3,7%. Auch in Österreich ist die Inflation primär von den Energiepreisen getrieben.

[1] Autor: Wolfgang Lechthaler (Abteilung für volkswirtschaftliche Analysen).